

## Wer die Wahl hat, hat die Qual? Fokusgruppenstudie liefert Erkenntnisse zu Nicht-Wahl-Gründen in Duisburg

Im Auftrag der Stadt Duisburg hat Dr. Julia Schwanholz an der Universität Duisburg-Essen ein Forschungsprojekt zum Thema Nicht-Wahl durchgeführt. Im Team mit Julia Rakers und Oliver Hamann wurden dazu Fokusgruppengespräche mit Duisburger\*innen zu *Wahlabsentismus bei der Duisburger Kommunalwahl 2020* umgesetzt. Unter der Fragestellung, warum sich Menschen nicht an Wahlen beteiligen, konnten zu den vielfältigen bereits aus der Forschung bekannten Gründen einige neue Aussagen hinzugewonnen werden. Diese wurden qualitativ ausgewertet und abschließend in allgemeine Handlungsempfehlungen für die Stadt Duisburg überführt. Die Projektlaufzeit umfasste sechs Monate von Juli 2021 bis Januar 2022.

Einige zentrale Erkenntnisse aus der Fokusgruppenstudie:

- Der Lebensalltag vieler Menschen ist politikfern. Persönliches Engagement in Vereinen, zivilgesellschaftlichen oder nachbarschaftlichen Organisationen wird oft aus Zeitgründen abgelehnt.
- Das persönliche Demokratie-Verständnis ist auf die Beteiligung an Wahlen verengt und Demokratie als eine Lebensform ist wenig präsent.
- Politik ist für viele Menschen ein „Frustthema“, über das ungerne kommuniziert wird.
- Eine generelle Politikverdrossenheit existiert nicht. Vielmehr hat sich gezeigt, dass politische Bildung und politisches Wissen defizitär sind. Dies betrifft vor allem, aber nicht nur, die Kommunalpolitik.
- Es fehlen auch Kenntnisse über politische Zuständigkeiten und Kompetenzen auf anderen gebietskörperschaftlichen Ebenen.
- Die Beurteilung von Problemlösungskompetenzen auf kommunaler Ebene fällt negativ aus.
- Die Bundesebene wird als wichtig(er) / die wichtigste politische Ebene erachtet.
- Informationen politischer Parteien selbständig einzuholen, überfordert viele Menschen.
- Eine mangelhafte programmatische Unterscheidbarkeit der Parteien wird kritisiert.
- Die Bringschuld der Politik wird erwartet und gegenüber der Holschuld (Interesse an politischen Informationen und aktive politische Beteiligung) der Bürger\*innen betont.
- Schlechte Erreichbarkeit von Mandatsträger\*innen, Kandidat\*innen und Parteien wird – vor allem jenseits von Wahlterminen – kritisiert.
- Etwas seltener geht Nicht-Wahl auch auf persönliche und technische Gründe zurück (Urlaub, Umzug, defekter QR Code zur Beantragung von Briefwahlunterlagen).

Die Methode der Fokusgruppenforschung zeichnet sich durch einen explorativen Ansatz aus. Im Rahmen der Gruppendiskussionen werden demnach nicht-repräsentative Einzelaussagen generiert.